



Anträge (Stand 20.05.2026, 16.00 Uhr)

Stadtratssitzung vom 21. Mai 2026

Traktandum 1: Begrüssung und Mitteilungen (2023.SR.0112)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	FDP, Michael Ruefer (GFL)	Ordnungsantrag: Die Traktanden 17 und 19 sollen gemeinsam behandelt werden.	Die beiden Traktanden behandeln denselben Umstand.
2.	SVP	Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR): Die Veranstalter eines Filmfestivals wollten in der Reitschule mit einem ehemaligen Polizisten über Flüchtlingspolitik diskutieren. Das Kino des Kulturzentrums verbietet das jedoch kurzfristig. Die Festivalleitung spricht von Zensur. Nimmt der Gemeinderat weiterhin in Kauf, dass in Veranstaltungen der Reithalle Meinungen, die den Exponenten der Reithalle (hier Kino Reithalle), nicht passen, zensiert werden? Dürfen in der Reithalle an Podien und Veranstaltungen auch in Zukunft nur noch Meinungen vertreten werden, die den Exponenten passen? Ist ein solches Vorgehen in einem mit Leistungsvertrag subventionierten Kulturbetrieb erwünscht zulässig? Dies unter den Aspekten: Meinungsäusserungsfreiheit? Diskriminierungsverbot? Zugang zu Informationen? Kunstfreiheit? Kulturvermittlungsauftrag? Bildungsauftrag? Leitbild der Stadt Bern? Grundsätzen der städtischen Kulturpolitik?	https://www.bernerzeitung.ch/bern-reitschule-laedt-ex-fremdenpolizei-chef-wieder-aus-387226137896 Der Gemeinderat und die Parteien müssen sich erklären, ob sie das Verhalten der Exponenten der Reithalle gutheissen und welche Massnahmen sie gegen solches Vorgehen (Zensur/Beschimpfung städtischer Exponenten (ACAB)) einleiten wollen.

Traktandum 3: Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl Mitglied (2026.SR.0133)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
3.	SP/JUSO	Der Stadtrat wählt Evelyne Grieb (SP) als Mitglied in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) für die zurückgetretene Shasime Osmani (SP).	

Traktandum 4: Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl Mitglied (2026.SR.0134)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	SP/JUSO	Der Stadtrat wählt Chandru Somasundaram (SP) als Mitglied in die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU) für die zurückgetretene Lena Allenspach (SP).	

Traktandum 5: Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied (2026.SR.0135)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	SP/JUSO	Der Stadtrat wählt Jacqueline Brügger (SP) als stellvertretendes Mitglied in die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU) für die zurückgetretene Dominique Hodel (SP).	

Traktandum 6: Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied (2026.SR.0136)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	SP/JUSO	Der Stadtrat wählt Raphaela Tschümperlin (SP) als stellvertretendes Mitglied in die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) für die zurückgetretene Shasime Osmani (SP).	

Traktandum 7: Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied (2026.SR.0154)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	SP/JUSO	Der Stadtrat wählt Evelyne Grieb (SP) als stellvertretendes Mitglied in die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) für die zurückgetretene Valentina Achermann (SP).	

Traktandum 14: Velostation Bahnhofzugang Länggasse; Ausführungskredit (Investitionskredit) 2. UG und Kredit für wiederkehrende Ausgaben (Betrieb der Velostation) 2. UG (Abstimmungsbotschaft) (2026.TVS.0054)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	PVS	Mindestens so lange in der Angebotsbilanz eine negative Anzahl Veloabstellplätze (Angebotslücke) besteht, soll ein Teil davon oberirdisch bereitgestellt werden.	<p>Im Projektperimeter fallen rund 500 Veloabstellplätze weg, die im 1. UG der Velostation Länggasse ersetzt werden. Zusätzlich sollen rund 150 oberirdische Abstellplätze im Sektor Nord aufgehoben werden.</p> <p>Gleichzeitig bleibt selbst mit dem Bau der Velostation im 2. UG eine Angebotslücke von rund 300 Abstellplätzen bestehen. Damit wird das bestehende Defizit nicht behoben.</p> <p>Vor diesem Hintergrund ist sicherzustellen, dass die Aufhebung oberirdischer Abstellplätze nicht zu einer weiteren Verknappung führt. Solange die Nachfrage das Angebot übersteigt, soll deshalb auf deren Aufhebung verzichtet werden und/oder es sind alternative oberirdische Angebote bereitzustellen.</p> <p>Oberirdische Abstellplätze bleiben insbesondere für kurze Aufenthalte und eine niederschwellige Nutzung wichtig.</p>
2.	PVS-Minderheit	In der Velostation Bahnhofzugang Länggasse oder in dessen näheren Umgebung ist mindestens ein öffentliches kostenloses WC zu eröffnen, welches auch in der Nacht zugänglich ist.	Im Winter wurden in Vergangenheit Velostationen teils als WC benutzt. Um dies zu verhindern, soll nahe oder in der Velostation ein öffentliches, kostenloses WC eröffnet werden, welches auch in der Nacht Personen zur Verfügung steht.
3.	PVS-Minderheit	Für die Velostation Bahnhofzugang Länggasse sind nach Möglichkeit sozialräumliche Massnahmen und eine belebte Drittnutzung zu projektieren und in der Ausführung mitzudenken.	<p>Mit sozialräumlichen Massnahmen und belebter unkommerzieller Drittnutzungen ist die Sicherheit in den Velostationen zu verbessern. Die Velostation Länggasse soll nicht nur als praktischer Abstellplatz für Velos wahrgenommen werden, sondern ein lebendiger Ort der Begegnung und des Austauschs werden. Auf diese Weise können die Nutzerfreundlichkeit und Sicherheit gesteigert werden.</p> <p>Mit Prävention und Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls kann so zur Sicherheit in den Velostationen insbesondere im Winter beigetragen werden.</p>
4.	Mitte	Der Gemeinderat legt der vorberatenden Kommission bis zur Volksabstimmung (bzw. bis zu einem er-	PPP-Modelle (Öffentlich-Private Partnerschaften) können ein Gewinn für alle sein und entlasten den

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
		neuten Kreditbeschluss) eine vertiefte Analyse zu möglichen Mitfinanzierungen durch Dritte für die Velostation Länggasse 2. UG vor. Insbesondere soll geprüft werden: <ul style="list-style-type: none"> ▪ ob private oder institutionelle Partner (z.B. kommerzielle Nutzungen, Mobility-Anbieter, Detailhandel, Immobilieninvestoren) sich an Bau- oder Betriebskosten beteiligen könnten, ▪ welche PPP-Modelle im Bereich Velostationen und Parkieranlagen in anderen Städten bestehen und welche Lehren sich daraus für Bern ziehen lassen, ▪ wie ein allfälliges Mitfinanzierungsmodell vertraglich und risikopolitisch gestaltet werden müsste, um die öffentliche Steuerung zu sichern. 	Stadthaushalt.

Traktandum 15: Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Beno Frauchiger, SP/Franziska Grossenbacher, GB/Matthias Stürmer, EVP) - übernommen durch Maurice Lindgren (GLP): Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen; Fristverlängerung (2018.SR.000049)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	PVS	Der Stadtrat stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende 2027 zu.	Die Fristverlängerung soll ausgedehnt werden, um substantielle Fortschritte zu ermöglichen.
2.	FDP	Der Stadtrat stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende September 2026 zu. <p>Gegenüberstellung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Antrag GR vs. Antrag FDP ▪ Obsiegender Antrag vs. Antrag PVS ▪ Abstimmung über den obsiegenden Antrag 	Die Fristverlängerung soll verkürzt werden – um den Gemeinderat zu einem höheren Tempo zu bewegen. Diese Motion ist acht Jahre alt und in dieser Zeit hat der Gemeinderat es verpasst, sich diesem Thema anzunehmen. Die Transformation von Verbrennerautos zu Elektroautos ist ein wichtiger Beitrag zum Klima und deshalb mit höchster Priorität anzugehen. Das Ziel dieses Antrages ist es, das Klima möglichst zeitnah zu verbessern und einen wertvollen Beitrag zur Eindämmung der Klimakrise zu leisten.